

# Social-Demokrat.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redigirt von J. B. v. Hoffetten und J. B. v. Schweizer.

Redaction und Expedition:  
Berlin,  
Alte Jakobstraße Nr. 67.

Diese Zeitung erscheint drei Mal wöchentlich  
und zwar: Dienstags, Donnerstags und  
Sonabend's Abends.

**Abonnements-Preis** für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 15 Sgr., monatlich 5 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 15 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 12 1/2 Sgr., im übrigen Deutschland 20 Sgr. (fl. 1. 10. sabb., fl. 1. 8flert. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expeditur, von der Expres-Compagnie, Zimmerstraße 48a, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition anzugeben) werden pro dreizehnpolige Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bower, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.  
Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Bestellungen für das zweite Quartal 1866 werden fortwährend (auswärts auf den Postämtern) angenommen.

## Politischer Theil.

### Mundschau.

Berlin, 17. April.

In Deutschland nichts Neues. Noch ist alle Welt beschäftigt, den Habsburg-Hohenzollern'schen Krieg zu verhindern oder doch wenigstens zu vertragen. Aus Frankfurt a. M. wird telegraphirt: „Oesterreich wird den Antrag auf Bundes-Kriegsbereitschaft noch aufschieben. Eine mittelstaatliche Regierung soll die gleichzeitige Rücknahme der militärischen Vorkehrungen durch Preußen und Oesterreich angeregt haben.“ Die offizielle Wiener „Debatte“ vernimmt, daß die Beratungen, zu denen eben mehrere mittelstaatliche Vertreter in München zusammentreffen, bezwecken, vor Allem darüber sich zu einigen, daß auf eine Verathung oder auch nur Feststellung der geschäftsmäßigen Behandlung des preussischen Reform-Antrages nicht früher eingegangen werden könne, bevor nicht die beiderseitige Demobilisirung der gegen einander gerüsteten Bundesglieder erfolgte. Die „Presse“ bringt eine ähnliche Mittheilung. — Die „Nordd. Allg. Ztg.“ dementirt, daß die Parlamentsberufung auf den 1. September beabsichtigt sei; der Termin sei noch unbestimmt. Der Bundesreform-Antrag sei kein diplomatischer Schachzug, kein augenblickliches Auskunftsmitglied, sondern eine unabwendbare Nothwendigkeit, ohne welche, wie die Herzogthümer-Frage barthne, Deutschland in Trümmer gehen würde. — In Karlsruhe beantwortete in einer Sitzung der zweiten Kammer Staatsminister v. Edelsheim eine Interpellation des Abgeordneten v. Knies in Betreff der Stellung der Regierung zum preussischen Reform-Antrage dahin: Seit lange gehören, wie bekannt, die Sympathien und Wünsche der badi-schen Regierung einer nationalen Entwicklung auf parlamentarischer Basis. Es wird das Betreten dieses Weges daher bei ihr niemals Schwierigkeiten begegnen, sondern im Gegentheil stets auf ihre Unterstützung rechnen können. Den jetzigen preussischen Antrag anlangend, wird die Regierung für dessen Inbetrachtung und in so weit also für die Verweisung desselben an einen besonderen Ausschuss stimmen. Der Interpellant beantragte sodann, die Staatsregierung zu ersuchen, dieselbe wolle für die Herstellung der in Folge des preussischen Antrages vom 9. d. M. zu constituirenden Mitwirkung bei einer Reform der Bundes-Versaffung einzuberufenden deutschen Volksvertretung thunlichst Vorsorge treffen, und die Kammer stimmte, mit Ausnahme dreier Abgeordneten, einhellig zu. — In Preußen klammert man sich neuerdings

tapfer an die sehr grundlose Hoffnung eines Ministerwechsels. Gründe für solche Vermuthungen will man u. A. auch in einem körperlichen Leiden des Grafen Bismarck entdecken, das ihn zwingt, einen Theil seiner Geschäfte von sich abzuwälzen. Doch werden derartige Gerüchte von den officiösen Blättern beharrlich dementirt. Außerdem beschäftigt man sich fortgeschrittlicherseits noch fortwährend mit Resolutionen gegen den Krieg und neuesten auch gegen die Bismarck'sche Bundesreform. So nahm eine am Sonntag hier zusammenberufene, sehr zahlreich besuchte Volksversammlung in der Tonhalle einstimmig folgende ihr unterbreitete Resolution an: Ein Krieg zwischen den deutschen Großmächten wäre ein nationales Unglück; nur ein freisinniges preussisches Ministerium würde für die Bundesreform allgemeines Vertrauen finden; den Salzdewig-Holsteinern sei das Selbstbestimmungsrecht zu wahren, denn letzteres sei allein die sittliche und rechtliche Grundlage jeder Staatsform. — Unterdessen nehmen die Dinge unbehindert ihren natürlichen Verlauf. Die von der „Coburger Ztg.“ veröffentlichte habsburgische Depesche vom 7. April soll sämtlichen deutschen Regierungen und den auswärtigen Höfen zugegangen sein. Man hält sie für authentisch. Spätere Erklärungen sollen auf die friedlichen Versicherungen hingewiesen haben, welche die Depesche trotz der energischen Form enthalte; aber die Angelegenheit scheint noch nicht erledigt. — Die Nachricht eines obermaligen Briefes des Kaisers Franz Joseph an den König Wilhelm wird stark bezweifelt. — Die Bismarck'schen Vorschläge wegen der Bundesreform werden voraussichtlich zunächst in dem erwarteten Ausschusse des Bundestages zu Frankfurt, der wahrscheinlich angenommen wird, erfolgen. — Eine hohenzollern'sche Circulardepesche, welche das Reformproject den Regierungen schon mitgeteilt hätte, soll keineswegs existiren. Der fortgesetzten Behauptung preussischer officiöser Blätter gegenüber kann die „Oesterreichische Ztg.“ wiederholt auf das Bestimmteste versichern, daß bis zur Stunde weder eine ganze, noch eine theilweise Mobilmachung österreichischerseits beschlossen und daß auch nicht ein einziger Umlauf einberufen worden ist. — Die in Wien erscheinende „Militair-Zeitung“ behauptet, „Preußen habe niemals an einen Krieg mit Oesterreich ernstlich gedacht, es sei vielmehr die Absicht Bismarck's gewesen, Oesterreich durch allerlei Drohungen zu nöthigen Auslagen, zu kostspieligen Kriegsvorbereitungen zu drängen, damit es sodann, seiner ohnehin sehr mißlichen finanziellen Verhältnisse wegen, in die Nothwendigkeit versetzt würde, sich mit einer Abfindungssumme für sein Mitbestimmungsrecht an den Herzogthümern begnügen zu müssen.“ Kurz — allerwärts faßt man die Situation wieder friedlich auf und giebt deutlich zu erkennen, daß man es über das Säbelraseln nicht hinaus kommen lassen will, wie wir dies immer gesagt haben. Der habsburgische Staat kann nichts weniger als einen Krieg vertragen, bei

welchem er seine Stellung in Deutschland und den Besitz Venetiens in die Wagschale wirft. — Um noch einmal auf den Bismarck'schen Reformvorschlag auf Grund des allgemeinen Stimmrechts zurückzukommen, so erinnert die „Nordd. Allg. Ztg.“ in einem längeren Leitartikel an die Thatsache, daß in Preußen das allgemeine Stimmrecht längst zu Recht besteht, was darauf hindeuten scheint, daß dasselbe demnächst auch in Preußen wieder proklamirt werden dürfte, während die „Kreuztg.“, um den kopfscheu gewordenen Theil ihrer Leser zu beruhigen, in ihren Betrachtungen über das Reformproject zu folgender Schlussfolgerung kommt: „Wer für Preußen eine absolutistische Regierungsform anstrebe, müsse folgerichtig die deutsche Volksvertretung verwerfen; wer aber für einen Staat der Gegenwart eine Volksvertretung für unentbehrlich erachte, brauche ein deutsches Parlament nicht ungünstiger anzusehen, als das preussische.“ Ob sich aber ein deutsches Parlament eine ähnliche Behandlung gefallen lassen dürfte, wie die preussische Kammer, dies ist eine andere Frage. Wir denken; nein.

**Frankreich** will fortwährend dem Habsburg-Hohenzollern'schen Conflict gegenüber als neutral gelten. Abermals bringt der der Regierung nahe stehende „Constitutionnel“ einen von Limayrac gezeichneten Artikel über diesen Gegenstand. Derselbe ist im Ganzen äußerst friedlich gehalten und sagt unter Anderem: „Mit Einem Worte: wenn der Krieg ausbricht, würde Frankreich die allgemeinen Folgen erleiden, aber nicht sich den besonderen Gefahren aussetzen, die denjenigen Mächten zufallen würden, welche sich zur Theilnahme verleiten lassen. Diese einfachen Bemerkungen genügen, um die panischen Uebertreibungen der beiden letzten Tage verständlich zu machen.“

Aus den **Donaufürstenthümern** wird gemeldet, daß nun wirklich das allgemeine Stimmrecht zu Gunsten des Prinzen Carl von Hohenzollern in Bewegung gesetzt worden ist. In fast allen Städten soll derselbe fast einstimmig erwählt worden und bereits in Bucharest eingetroffen sein. Ueber die Bedeutung dieser Wahl sagt die ministerielle „Nordd. Allg. Ztg.“:

Die österreichischen Blätter sind inzwischen bei dem bloßen Gedanken schon aus dem Häuschen gerathen, daß sie auch auf dieser Seite einen Hohenzollern zum Nachbarn erhalten könnten. Eine Oesterreich freundliche Stimmung der Bevölkerung der Herzogthümer ist allerdings aus der Thatsache nicht zu entnehmen, doch mögen sich die Federn an der Donau deshalb nicht heurruhigen. Wenn der Prinz Carl wirklich daran denken sollte, die ihm gebotene Krone anzunehmen, und wenn die Schwabmächte nichts dagegen zu erinnern hätten, so würde dies kein Akt einer preussischen Staatspolitik, sondern eine Angelegenheit des Hauses Hohenzollern-Sigmaringen sein, welche Preußen als Staat so wenig engagirt, als wenn sich die Rumänen einen Fürsten aus China kommen ließen.

Ob nun die Garantiemächte mit dieser Wahl, welche jedenfalls von Rußland inscenirt wurde, zu

frieden sein werden, ist abzuwarten. Um die Lage der Dinge richtig zu beurtheilen, muß man sich vor Augen halten, daß die moldau-walachische Regierung größtentheils aus Männern zusammengesetzt ist, welche unter dem Einflusse Frankreichs und Rußlands stehen. Der Frankreich am nächsten stehende Candidat Graf v. Blandern fand auffallender Weise von Seiten des Tuilerieen-Kabinetts keine Unterstützung, und diesem Umstande schreibt man zu, daß die rumänische Regierung die Wahl eines Rußland erwünschten Candidaten beschloffen haben soll, den man eben in jenem Prinzen — ob mit Recht oder Unrecht, muß dahin gestellt bleiben — erblickt. Die Ereignisse in den Donaufürstenthümern selbst begünstigen die russischen Projecte. Alarmirende Nachrichten treffen aus der Moldau ein, und in der Walachei ist der Ausbruch einer Revolution bevorstehend. Die national-demokratische Partei wird entschieden in der nächsten gesetzgebenden Versammlung die Majorität erhalten, und deshalb eben haben die russisch Gesinnten der jetzigen provisorischen Regierung einen Hohenzollern zum Fürsten vorgeschlagen. Die Wahl desselben wird natürlich von keiner Seite mehr als von der österreichischen angefochten werden. Sollte der Prinz wirklich den rumänischen Thron besteigen, so dürfte es Oesterreich schwer gemacht werden, seinen Schwerpunkt jemals nach Osten zu verlegen. — In der That sind die Zustände in den Fürstenthümern nichts weniger als befriedigend. Wiener Blättern wird aus Bucharest geschrieben, daß an dem Ausbruche einer neuen Erhebung kaum mehr zu zweifeln sei; die Neuwahlen würden fast allgemein zu Gunsten der radicalen Partei ausfallen und diese Partei durch einen Gewaltact sich jedann an das Ruder bringen. Die Regierung hat zwar außerordentliche Commissaire nach allen Richtungen hin abgeschickt, um die Wahlen zu überwachen, oder wohl vielmehr dieselben zu beeinflussen, aber man zweifelt, daß das Mittel helfen wird. In der Moldau wird die Situation auch bedenklicher. Bei einer in Bassy am 14. abgehaltenen Volksversammlung ward beschlossen: Deputirte mit dem ausgesprochenen Mandat nach Bucharest zu entsenden, in erster Linie für die Union unter einem Fürsten lateinischer Race, wenn dies nicht zu erreichen wäre, aber für die Losrennung von der Walachei zu stimmen. Das Volk soll diesen Beschluß massenhaft unterschreiben. Auch der Metropolit ist demselben beigetreten, und drei Minister sind von der Hauptstadt dorthin abgegangen, um zu versuchen, diese Beschlüsse durch ihren persönlichen Einfluß zu hintertreiben. Dazu kommt, daß die Sicherheit in Bucharest nichts weniger als Vertrauen einflößend zu sein scheint, denn der reiche Banlier Pandeli ward in den Straßen der Stadt beim Nachhausegehen um 11 Uhr Abends überfallen und ermordet.

Aus London wird gemeldet, daß die Reformdebatte, nachdem John Stuart Mill u. A. für, Bulwer, Piddell, Paing gegen die Vorlage gesprochen, vertagt worden ist, nunmehr aber die zweite Lesung fortgesetzt werden soll. — Ueber die feministische Bewegung in Amerika wird aus Toronto gemeldet, daß der in Canada ergangene Befehl auf Entlassung der Freiwilligen zurückgenommen wurde und fortwährend neue Abtheilungen an die Grenze gesandt werden.

In Italien, in Rom, fand am 12. d. M. die Feier des Jahrestages der Rückkehr des Papstes (1850) statt. Am Morgen hielt der General und Waffenminister eine Revue über die päpstlichen Truppen ab. Abends begab sich der Papst nach St. Agnes. Derselbe wurde mit lautem Jubel begrüßt. Die Musik spielte und auf allen Plätzen Roms wurden Hymnen zu Ehren des Papstes gesungen. Die Straßen der Stadt waren glänzend illumirt. Eine ungeheure Menschenmenge wogte durch die Straßen, ohne daß die Ordnung irgendwie gestört worden wäre. — Das „Mem. diplom.“ erklärt, daß die von italienischen Blättern gebrachte Nachricht einer bevorstehenden Rückkehr des noch in Rom stehenden französischen Occupationscorps ungenau sei. Bevor die zu Ansehen in Bildung begriffene französische Legion nicht zur Einweisung für Civita Vecchia völlig bereit stände, würden von Rom keine französischen Truppen mehr zurückgezogen werden. Daß dies nur ein vorgeschügter Grund ist, liegt

auf der Hand. — Es soll Thatsache sein, daß vom Neapolitanischen aus Truppen nach dem Norden in bedeutenden Transporten unterwegs sind, und daß dieselben im Süden nicht ersetzt werden. Eben so wird alles, was an schwerer Artillerie im Süden brauchbar ist, nach der Po-Pinac geschafft. — Zu den übrigen Nachrichten von der italienischen Halbinsel gehört eine im „Vente“ enthaltene Mittheilung aus Rom, welche die Absendung einer Circulardepesche des Cardinals Antonelli Betreffs des Bruches der diplomatischen Beziehungen zwischen dem päpstlichen Stuhl und Rußland bestätigt. Dieses Atteststück soll einen kurzen historischen Abriss über die angeblichen Verfolgungen Rußlands gegen die katholische Kirche enthalten, sowie die Anzeige von der Beleidigung, deren der Papst durch Herrn von Meyendorff ausgesetzt gewesen.

In Spanien nimmt die Bank-Angelegenheit das Interesse noch immer vorzugsweise in Anspruch. Die Cortes sind augenblicklich mit der Sache beschäftigt, und wir erfahren darüber, daß der Finanz-Minister interpellirt ward, ob eine Ausgleichung zwischen der Concession der neuen Bank und der Regularisation der amortisirbaren Coupons bestehe. Der Herr Minister antwortete darauf, daß die Regierung nicht verpflichtet sei, ihre Projecte zu ungleicher Zeit zu offenbaren. — Aus Chili sind jetzt auch Nachrichten über das Treffen der verbündeten chilenisch-peruanischen Flotte und zweier spanischen Fregatten bei Chiloe eingetroffen. Hier nach führten die spanischen Schiffe zusammen 86 Kanonen, dagegen das aus einer Fregatte, zwei Corvetten und einem Aufwinddampfer bestehende Geschwader der Verbündeten in Allem nicht mehr als 57 Kanonen. Das Gefecht dauerte zwei Stunden, während welcher Zeit gegen 1500 Schüsse gewechselt wurden, worauf, wie bekannt, die spanischen Fregatten sich in beschädigtem Zustande zurückzogen. — Aus Peru wird nichts von Bedeutung gemeldet, außer etwa, daß die Bai von Callao mit Kanonen schwerster Kalibers starre, so daß, wie es heißt, das gesammte Geschwader Spaniens keine Stunde davor Stand zu halten vermöchte.

Der Kaiser von Marocco ist, wie man aus Pariser Journalen erfährt, ernstlich erkrankt. Die diplomatischen Agenten Frankreichs, Englands und Spaniens sollen bei ihren betreffenden Regierungen um Abwendung von Kriegesdifferenzen nachgesucht haben, um bei etwaigen, durch seinen Tod hervorgerufenen Confliten, Leben und Eigenthum ihrer Staatsangehörigen kräftig beschützen zu können. Eine spanische Corvette ist bereits in Tanger eingetroffen.

Aus Rußland wird, d. d. Petersburg 16. April, ein Attentat auf den Kaiser telegraphisch gemeldet. Die Depesche lautet: Gestern Nachmittag 4 Uhr, als der Kaiser bei einer Promenade im Sommergarten in den Wagen steigen wollte, schoß ein Unbekannter ein Pistol auf ihn ab, ohne daß der Kaiser getroffen wurde. Der Schuldige wurde verhaftet und es ist eine Untersuchung eingeleitet.

Aus Amerika liegen keine neueren Nachrichten von Bedeutung vor, als die schon oben unter „Spanien“ gemeldeten und eine Meldung aus Vera-Cruz, wornach die Dissidenten in Mexiko 200 Mann kaiserlicher Gefangener, die der Abtheilung des Generals Monze angehört, freiließ haben sollen. Die Mexikaner sollen erklärt haben, damit Vergeltung für die Hinrichtung republikanischer Gefangener geübt zu haben. Außerdem versichern dieselben Nachrichten, daß General Ojazon sich kraft der Befassung von 1857 zum Präsidenten der Republik proclamirt habe. — Ferner soll man in amerikanischen Kreisen fest von dem Project des Tuilerieen-Kabinetts überzeugt sein, dem Kaiser Max den französischen Schatz zu entziehen, ihn dadurch zu nöthigen, seinem Throne zu entsagen, letzteren nicht wieder zu besetzen, sondern nominell die Republik wiederbeizustellen und, bis die Mexikaner sich über einen neuen Chef verständigt haben, diese restaurirte Republik durch Marschall Bazaine als provisorischen Präsidenten verwalten zu lassen. Man scheint dieser Absicht des französischen Cabinetts um so eher glauben, als Marschall Bazaine die Regierung nicht auf eigene, sondern auf kaiserlich französische Rechnung führen und den etwaigen Ueberschuß der Staatseinnahmen in die französischen Kassen führen würde. Das mexikanische Kaiserthum

hat Frankreich etwa 400 Millionen gelostet; und daß letzteres je wieder zu seinem Gelde kommen werde, so lange Kaiser Max und sein Hof in Mexiko fortbestehen, dazu ist nicht die mindeste Aussicht vorhanden. Frankreich würde also bei dieser Veränderung ein gutes Geschäft machen.

Aus den Häfen von China meldet die neueste Ueberlandspost, daß die Rebellen, nachdem ihr Anführer Kang-Wang durch einen Schuß zufällig getödtet worden, die Stadt Kiang-how geräumt haben; ein Theil derselben ist in der Nähe von Chac-how zu gesehen worden, und beschränkte man einen Angriff auf diese Stadt. Der „North China Overland Herald“ enthält die folgenden Berichte aus Peking: In der Hauptstadt herrscht große Besorgniß in Folge von Gerüchten über die Mienfei, welche sich auf der Straße nach Peking befinden sollen; 3000 Tartaren sollen sich mit den Empörern vereinigt haben. Aus Honkow meldet dasselbe Blatt: Weder über die Mienfei, noch über die Räuber ist etwas Gewisses bekannt. Die Zahl der Rebellen in der unmittelbaren Umgebung der Stadt wird auf 3000—4000 Mann geschätzt, während die kaiserlichen Truppen über 20,000 Mann betragen. Inzwischen ist auf die Treue der Soldaten kein Verlaß, und die Mandarinen sind daher fast gänzlich ohne Macht.

## Deutschland.

\* Berlin, 17. April. [Zur Organisation der social-demokratischen Partei] schreibt der „Vote vom Niederrhein“ unter Anderem:

Das Präsidium hat unterm 28. und 29. März drei Verordnungen und Bekanntmachungen erlassen, welche sich insgesammt als energischer Versuch zur Herstellung des Vereins in seiner ursprünglichen Geschlossenheit bezeichnen lassen, und welche also in schroffem Gegensatz stehen gegen die neulich in Dresden zu Tage getretenen Versuche einer Verschmelzung des Vereins mit den übrigen, ebenfalls auf dem Boden der socialen Demokratie stehenden Arbeitervereinen. Die Entscheidung darüber, welche Politik die richtige ist, wird der Erfolg geben. Wir sind immer der Ansicht gewesen, daß die von Lassalle geschaffene Vereinsorganisation den Mitgliedern des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins eine ungeheure Kraft zur unmittelbaren Action geben kann, daß aber dieser Vorzug auch sehr theuer bezahlt wird, weil er den störenden Austausch der Ansichten hemmt, und im Innern das Zusammenwirken mit verschiedenen Bestrebungen, sowie nach Außen den Anschluß an die große internationale Arbeiterbewegung erschwert.

Hierzu müssen wir in möglichster Kürze bemerken, daß uns keine anderen, ebenfalls auf dem Boden der socialen Demokratie stehenden Arbeiter-Vereine bekannt sind, sowie daß wir nicht zu begreifen vermögen, wie die geschlossene Organisation der deutschen social-demokratischen Partei, den Anschluß an die große internationale Arbeiterbewegung erschweren soll. Die Geschlossenheit unserer Organisation ist nicht bloß beufuß der unmittelbaren Actionsfähigkeit absolut nothwendig, sondern aus verschiedenen andern Gründen, über welche wir uns erst unlängst wiederholt in unseren Artikeln: „Die social-demokratische Partei und die deutsche Volkspartei“ ausgesprochen haben.

[Zur Arbeiterfreundlichkeit und Ehrlichkeit der „Volksgtg.“] erhalten wir von dem Herrn Einsender des in unserer Nr. 81 enthaltenen Artikels über den gleichen Gegenstand nachstehende Zuschrift, die wir der „Volksgtg.“ zum Abdruck oder zur Widerlegung empfehlen. Der Einsender, ein Arbeiter, schreibt uns:

Es war durchaus nicht meine Absicht, durch das Schreiben vom 11. d. M., die „Volksgtg.“ dazu anzufragen, Sie, die Redaction des „Soc. Dem.“, als Lügner und Verläumder bei ihnen (der „Volksgtg.“) Verleumdungen anzufragen, von denen ja die wenigsten auch nur im

\*) Die „Volksgtg.“ schrieb in ihrer Nr. 88 im Briefkasten:

„Herrn B. R. hier. Wenn Sie die betreffende Notiz in unserer Zeitung gelesen haben, so werden Sie daraus erfahren haben, daß die Mittheilung des Social-Demokraten unwar ist. Ueber die betreffende Versammlung haben wir in Nr. 77 unseres Blattes so ausführlich berichtet, als der Raum unseres Blattes es gestattet. Weitere Mittheilungen in dieser Angelegenheit sind uns nicht zugegangen. Herr S. wohnt in Potsdam.“

Anderezeitige Erklärungen der „Volksgtg.“ sind uns nicht zu Gesicht gekommen.

Nam. d. Red. d. „Soc.-Dem.“